

DAS TEMPO DER SCHNECKE

Radikale Schnitte in das überdehnte soziale Netz fordern die Unternehmer. Doch sie mobilisierten einhelligen Widerstand bei Gewerkschaften und Politikern. Dabei sind Reformen dringend erforderlich – weil Sozialschmarotzer, aber auch Arbeitgeber und Regierung den Sozialstaat mißbrauchen.

Die Börsen feierten Helmut Kohls Wahlerfolg nur kurz. Kaufen hieß die Devise am vergangenen Montag. Denn es schien zunächst, als seien die politischen Weichen so gestellt, daß die Wünsche der Wirtschaft erfüllt würden. Doch die Euphorie hielt keine zwei Stunden, seitdem geht es abwärts.

Kaum hatten Börsianer und Banker das Wahlergebnis etwas intensiver studiert, kamen ihnen Zweifel, „ob Kohl einen Konsolidierungskurs hinkriegt“ (Günther Thumann, Salomon Brothers), „ob Stabilitätspolitik durchsetzbar ist“ (Norbert Walter, Deutsche Bank-Research), ja ob „die Kanzlerschaft Kohl die nächsten vier Jahre überdauern“ könne (Bayerische Vereinsbank).

Als Arbeitgeber-Präsident Klaus Murmann die neugewählte Regierung am Dienstag zum Großangriff auf den Sozialstaat rief, hatten die Börsianer die Hoffnung auf einen radikalen Sozialabbau, verbunden mit niedrigeren Lohnnebenkosten als Belohnung für die Wahlhilfe der Wirtschaft, längst aufgegeben. „De facto“ werde Deutschland von einer Großen Koalition regiert, analysierten die Händler von Goldman, Sachs.

Murmann aber schlug auf die Pauke, als wäre der Marktgraf Otto von Lambsdorff zum Alleinherrscher gekürt worden. Ohne Rücksicht auf geltende Tarif-

verträge forderte der Arbeitgeber-Chef Einschnitte in die Lohnfortzahlung für kranke Arbeitnehmer und eine höhere Beteiligung der Patienten an der Arztrechnung. Murmann rührte sogar an das Rententabu – er erklärte Abstriche für unumgänglich.

Daß der Sozialstaat umgebaut und reformiert werden muß, meinen nicht nur Unternehmer wie Murmann. Selbst den Sozialdemokraten nahestehende Experten wie der Konstanzer Professor Fritz W. Scharpf haben erkannt: „Unter den Bedingungen der Massenarbeitslosigkeit ist der deutsche Sozialstaat zu einem Teil des Problems geworden, das er lösen soll.“

Immer lauter werden die Klagen über hohe Kosten, immer deutlicher wird die Finanzklemme der sozialen Sicherungssysteme. Das gesamte Sozialbudget der Bundesrepublik übersteigt eine Billion Mark. Fast ein Drittel des Sozialprodukts wird damit von einem Heer von Angestellten und Beamten umverteilt.

Die Belastung der Einkommen mit Beiträgen für die Sozialversicherung ist so groß wie nie (siehe Grafik), die Personalzusatzkosten in Deutschland sind die höchsten weltweit. Grund genug auch für Siemens-Chef Heinrich von Pierer und seinen Bayer-Kollegen Manfred Schneider, davor zu warnen, die deutsche Industrie könne international die Wettbewerbsfähigkeit verlieren.

Doch ihr Ton blieb verbindlich, wo Murmann nur polterte und Widerstand mobilisierte. Kollegen bei den anderen Unternehmensverbänden rätselten über die Motive des BDA-Präsidenten, Funktionäre beim Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) werteten die Attacke als schädlich.

BDI-Chef Tyll Necker weiß, wie sehr solche Maximalforderungen die Stimmung bei denen verderben, die man wegen der Machtverhältnisse nach dem knappen Wahlausgang für jede Reform nun mal braucht: „Es wird eben vieles ohne die SPD nicht gehen.“

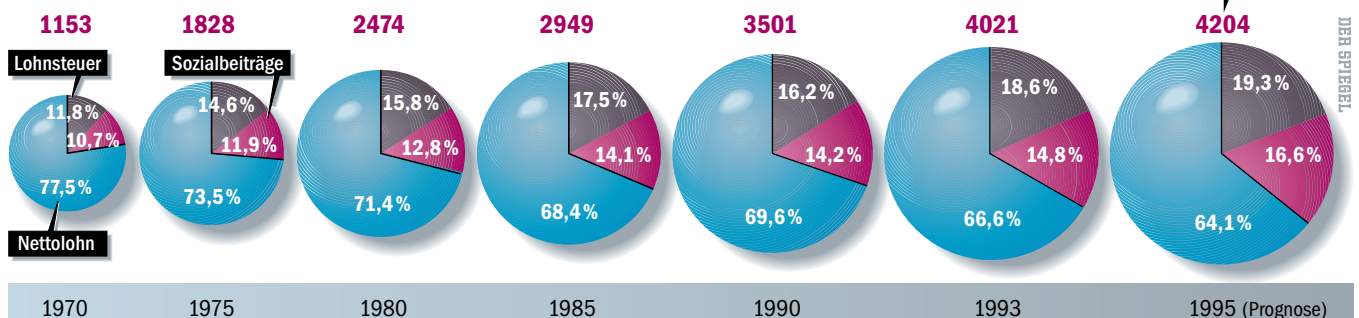
Doch nicht nur Gewerkschafter und Genossen schlugen auf Murmann ein. Als ob er wildgewordene Zahnarztfunktionäre vor sich habe, sprach Gesundheitsminister Horst Seehofer (CSU) knapp und verächtlich: „Alles Blödsinn“.

Arbeitsminister Norbert Blüm rang lange mit sich, ob er Murmann überhaupt einer Replik für wert halten sollte. Die ideologisch geprägten Redereien des Arbeitgeber-Präsidenten seien „wieder einmal von keiner Sachkenntnis getrübt“, ließ er dann verlauten. Murmanns Urteilsfähigkeit gleiche der des Schulmeisters Wuz in Jean Pauls Werken. Der entnahm dem „Messkatalog“ die Titel der Weltliteratur, schrieb sich die Werke selbst und ersparte sich so die Lektüre.

Üppige Abgaben

Lohnsteuer, Sozialbeiträge und Nettolohn eines westdeutschen Durchschnittsgehalts in Prozent

Durchschnittliches monatliches Bruttogehalt in Mark





F. DARCHINGER

Arbeitgeber-Präsident Murmann Druck von den Mitgliedsfirmen

Blüm vermutet, Murmann habe dem Druck seiner Mitgliedsfirmen nachgegeben. „Die wollen immer“, so der Arbeitsminister, „daß schwer draufgehauen wird.“

Kollegen des BDA-Präsidenten argwöhnen jedoch eher, der sei es leid gewesen, daß ständig Hans Peter Stihl vom DIHT und Tyll Necker vom BDI auf dem Felde der Arbeitgebervereini- gung publikumswirksam gewildert hätten. Ein Verbandsfunktionär: „Profil- neurose“.

Wenn der „Fahrplan zum Sozialabbau“ (der CDU-Politiker Rainer Epplmann) als Hilfe für die bis zur Ohnmacht ge- schwächten Liberalen ge- dacht war, ist auch das mißlungen. Zwar will die FDP sich als radika- le Marktpartei ohne allzu- große Rücksicht auf sozia- le Besitzstände profilieren. Doch das muß sie, wenn es überhaupt etwas bringen soll, schon selbst machen.

Die Liberalen wollen das in den Koalitionsverhand- lungen auch versuchen, aber mit gemischten Gefühlen. Sie wissen nur zu gut, daß spektakuläre Er- folge beim Sozialabbau un- möglich sind. Die SPD, im Bundesrat in einer Blocka- deposition, kann dabei nicht mitmachen. Der Ar- beitsminister hat die Machtverhältnisse in der Koalition ebenfalls klarge-

stellt: „Entweder es geschieht gar nichts, oder es geschieht, was Blüm und Seehofer wollen.“

Unsinnig ist Murmanns Vorstoß auch, weil seine groben Schläge geeignet sind, den durchaus notwendigen Umbau der Sozialsysteme zu erschweren. Er provoziert wütenden Widerstand bei Teilen der CDU und in der SPD und erschwert so Kompromisse, auf die sich die Sozial- partner ebenso einigen könnten wie die Parteien der real existierenden Großen Koalition.

Denn die ständig propagierten radika- len Reformen der Sozialversicherung sind politisch kaum durchsetzbar. Zu dieser Erkenntnis kam auch schon die Enquetekommission, die das Sozialsys- tem im Auftrag des Deutschen Bundes- tages durchleuchtete: „Das immer wie- der geforderte ‚System aus einem Guß‘, dies lehrt die Geschichte der Sozialre- form seit den frühen fünfziger Jahren, muß ohnehin Wunschdenken bleiben. Soziale Reformen sind ein sehr langfri- stiger Prozeß, der sich nur in kleinen Schritten vollziehen kann.“

Mit dem Tempo einer Schnecke wer- den die sozialen Systeme seit Jahren re- formiert. Die Richtung dabei ist eindeu- tig: Ob bei der Krankenversicherung oder der Rentenversicherung, es kom- men private Elemente hinzu. Ob Brille, Zahnersatz oder Medikamente, bei vie- len Dingen in der Krankenversorgung muß der Bürger inzwischen zuzahlen.

Und auch in der Altersversorgung werden seit Jahren zusätzliche Systeme aufgebaut, etwa die Betriebsrente oder die private Lebensversicherung. „Rasch wächst der Beitrag der Vermögensein-

kommen zum Rentnerbudget“, schreibt das Institut der deutschen Wirtschaft in einer gerade vorgelegten Untersuchung. Der Anteil betrage heute bereits 20 Pro- zent, „das Wohnungseigentum ist hieran wesentlich beteiligt“.

Die gegenwärtige Finanzierungskrise, die Unternehmer, Politiker und Markt- wirtschaftler so laut als Standortkiller beklagen, ist nicht die Folge eines maro- den Sozialsystems, sondern schlicht von Mißbrauch. Die Bonner Regierung, die keine Gelegenheit ausläßt, den Miß- brauch des sozialen Netzes durch Sozial- schmarotzer anzuprangern, hat selbst dazu beigetragen.

Die sozialen Systeme wurden zur Fi- nanzierung der Einheit arg strapaziert. Weil die Regierenden sich nicht trauten, die Steuern zu erhöhen, plünderten sie die Sozialkassen.

Rund 230 Milliarden Mark werden die Beitragszahler der Arbeitslosen- und Rentenversicherung bis 1996 von West nach Ost transferieren. Die Steuerzah- ler wurden bisher weitgehend ver- schont.

Daß die Lohnnebenkosten, über die Unternehmer und Politiker ständig klag- en, so hoch sind, liegt vor allem an der Vereinigung. Das Sozialsystem eines hochentwickelten Industrielandes wur- de der maroden Wirtschaft in Ost- deutschland aufgepfropft – das konnte nicht gutgehen.

Die berechtigte Klage über den „ausufernden Sozialstaat“ macht blind für die tatsächlichen Zusammenhänge, die wenige Zahlen schnell erhellen. Der Anteil der Sozialausgaben am Bruttosozialprodukt in Westdeutschland stieg



„Guten Tag, mein Name ist Murmann!“

tz, München

zwar in den vergangenen drei Jahren auf gut 30 Prozent, er ist aber immer noch geringer als 1981 (33,4 Prozent). In Ostdeutschland aber beträgt er fast 70 Prozent (siehe Grafik).

Vor allem die Arbeitslosenversicherung wurde bis an die Grenzen strapaziert. Aus den Beiträgen der Arbeitnehmer wird der wesentliche Teil des Umstrukturierungsprozesses in den neuen Bundesländern bezahlt.

Für rund zwei Millionen Menschen zwischen Rostock und Dresden, so schätzt Werner Tegtmeier, Staatssekretär im Arbeitsministerium, zahlt die Nürnberger Bundesanstalt Fortbildung und Umschulung, Vorruhestand und Altersübergangsgeld.

So aber wird nicht nur eine Versicherung mißbraucht, die finanziellen Lasten für eine unabweisbare Aufgabe werden auch noch höchst einseitig verteilt. Denn es zahlen nur Arbeitnehmer. Selbständige und Beamte bleiben außen vor.

„Würde der Steuerzahler auch die allgemeine Arbeitspolitik finanzieren“, so Blüm, „könnte der Beitragssatz der Bundesanstalt für Arbeit um fast drei Prozent gesenkt werden.“

Ähnlich ausgenommen von der Bonner Regierung wurde auch die Rentenversicherung, deren Finanzen sich bis zur Vereinigung wesentlich günstiger entwickelten als noch bei der Rentenreform vor wenigen Jahren prognostiziert. Doch weil seitdem Milliardenlasten auf sie zukamen, die Renten im Osten viel schneller angehoben wurden, als es die wirtschaftliche Lage ermöglichte, sind die Beiträge höher, als sie sein müßten.

Um im Osten bessere Renten zahlen zu können als sich aus der Rentenformel ergibt, spendiert die Versicherung pro Jahr sechs Milliarden Mark. „Wären diese Ausgaben aus allgemeinen Haushaltsmitteln finanziert worden, könnte der Beitragssatz in der gesetzlichen Rentenversicherung allein hierdurch um gut einen halben Beitragssatz niedriger liegen als gegenwärtig“, sagt Winfried Schmähl, Vorsitzender des Sozialbeirats.

Murmans Vorschlag, Krankenversicherung, Rentenversicherung und Arbeitslosenversicherung von allen Aufgaben zu befreien, die eigentlich allgemeine Staatsleistungen sind und aus Steuern bezahlt werden müßten, ist deshalb berechtigt. Würde er politisch umgesetzt, wäre das schon ein großer Fortschritt beim Umbau des Sozialstaats.

Volksfürsorge

Gesamtausgaben für ausgewählte Sozialleistungen

in Milliarden Mark	WESTDEUTSCHLAND			OSTDEUTSCHLAND		
	1991	1992	1993	1991	1992	1993
Rentenversicherung	228,6	241,2	256,7	34,0	48,9	61,0
Krankenversicherung	160,2	177,2	174,4	23,3	33,7	35,4
Arbeitsförderung	49,3	55,2	68,7	38,5	56,6	63,2
Kinder-/Erziehungsgeld	20,9	23,5	22,9	5,5	5,8	6,0
Beamtenversorgung	67,4	70,2	71,9	1,4	1,6	1,7
Sozialhilfe	36,3	40,2	42,8	4,4	4,8	5,2
Sozialleistungsquote*	28,8%	29,3%	30,2%	61,1%	68,3%	66,5%

* Anteil aller Sozialleistungen am Bruttosozialprodukt; ohne West-Ost-Transfer

Das Institut der deutschen Wirtschaft kommt auf insgesamt 100 Milliarden Mark für versicherungsfremde Leistungen (siehe Grafik); vieles davon fließt in den Osten. Allein die Ausgaben für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Umschulung und ähnliches verschlingen 40 Milliarden Mark im Jahr.

Daß die Arbeitgeber die Arbeitskosten um diese Summe entlasten wollen, ist verständlich. Doch um wenigstens einen Teil der Ausgaben finanzieren zu können, müßten die Steuern erhöht werden.

Wenig Widerspruch gibt es auch gegen Murmanns Forderung, die Ausgaben im Gesundheitsbereich auf das medizinisch Notwendige zu beschränken. Da ist noch manche Milliarde zu sparen, etwa bei Kuren oder medizinisch fragwürdigen Medikamenten auf Krankenschein.

Auch die Kürzung der Lohnfortzahlung in den ersten zwei Wochen der Krankheit wird von den Arbeitgebern immer wieder gern gefordert. Doch die „sinnlose Umverteilung von den Kranken zu den Gesunden“ (Blüm) hat politisch keine Chance.

Ungereimt sind vor allem Murmanns Einfälle zur Rentenversicherung. Der

Arbeitgeber-Präsident will das Renteniveau senken. Ersparnisse treten dabei jedoch frühestens in 30 bis 40 Jahren auf. Je nach dem eingeschlagenen Weg wäre zunächst sogar eine Erhöhung des Beitragssatzes unausweichlich, weil die Rentner und die rentennahen Jahrgänge einen gesetzlichen Anspruch auf ihr beitragsfinanziertes Altersgeld haben.

Das bedeutet nicht, daß auf mittlere Sicht nicht weiterer Reformbedarf bestünde. Ein erfolgversprechender Ansatz, die Beiträge ohne Einbruch bei der Kaufkraft der Ruheständler stabil zu halten, ist die Verlängerung der Lebensarbeitszeit.

Heute werden viele Arbeitnehmer schon weit vor dem 62. Lebensjahr aus den Betrieben gedrängt, um den angespannten Arbeitsmarkt zu entlasten und jungen Menschen Jobs frei zu machen. Wird das Renteneintrittsalter auch nur um ein Jahr hinausgeschoben, bringt das bereits eine Beitragsentlastung von 1,5 bis 2,5 Prozentpunkten.

Doch gerade da zeigt sich das größte Dilemma von Murmanns Attacke. Seit Jahren verjüngen die Unternehmen ihre Belegschaften, schicken Hunderttausende Ältere in den Früheruhestand, auf Kosten der Versichertengemeinschaft.

Diese Verjüngungskur trieb den Beitrag zur Arbeitslosen- und Rentenversicherung und damit auch die Lohnnebenkosten in die Höhe. 100 000 Beschäftigte, die statt mit 63 Jahren schon mit 58 aus den Betrieben scheiden, kosten allein die Arbeitslosenversicherungen 2,8 Milliarden Mark. Hinzu kommt noch eine Milliardenbürde bei den Rentenversicherungen.

Vermutlich hat Tyll Necker deshalb auch die eigenen Kollegen gemeint, als er über den Sozialstaat Deutschland sagte: „Wir können es uns nicht länger leisten, nach dem bisherigen Muster weiterzumachen.“ □

Milliarden verschoben

Leistungen der Sozialversicherung, die über den Versicherungsschutz hinausgehen* (Fremdleistungen)

in Milliarden Mark	Gesamt	davon steuerfinanziert	beitragsfinanziert
Bundesanstalt für Arbeit	61,5	24,4	37,1
Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten	68,7	49,6	19,1
Krankenversicherung	44,2	0,2	44,0
Sozialversicherung insgesamt	174,4	74,2	100,2

Quelle: iwd

*Berechnungszeitraum 1992/93